

Antrag

der Fraktion der PIRATEN

Nach den Enthüllungen der „Luxemburg Leaks“: Ruinösen Steuerwettbewerb in der Europäischen Union endlich wirksam bekämpfen – die Zeit der Lippenbekenntnisse ist vorbei!

I. Sachverhalt

Ein internationaler Verbund investigativer Journalisten hat Anfang November 2014 aufgedeckt, dass Unternehmen, darunter auch deutsche und solche aus NRW, mit der Unterstützung Luxemburgs Steuerzahlungen in Milliardenhöhe umgehen. Die Auswertung von fast 28.000 Seiten bislang geheimer Unterlagen, die sogenannten „Luxemburg Leaks“, zeigen, wie die Steuerbehörden des Großherzogtums in Zusammenarbeit mit einem global agierenden Wirtschaftsprüfungsunternehmen äußerst komplizierte Finanzmodelle entwickelt haben, mit denen es Konzernen möglich ist, teils weniger als ein Prozent Steuern auf Gewinne zu zahlen. Zentraler Bestandteil der Modelle sind maßgeschneiderte Steuerbescheide für Unternehmen, sogenannte „tax rulings“.

Ein beliebtes Modell der Steuervermeidung ist die Nutzung von „Lizenzboxen“. Die veröffentlichten Unterlagen geben zum ersten Mal detailliert Aufschluss darüber, wie beispielsweise IKEA in erheblichem Maße aggressive Steuervermeidung über die niederländische „Lizenzbox“ betreibt. „Lizenzboxen“ beschreiben gewährte Steuerprivilegien auf Erträge aus Lizenzen oder Patenten (Immateriälgüter). Bei diesem steuerlichen Anreizsystem werden die relevanten Erträge zu einem (äußerst) geringen Satz besteuert, um somit eine geringe effektive Unternehmensbesteuerung zu erreichen und darüber „mobile Faktoren“ am Standort zu halten bzw. weitere anzuwerben.

Datum des Originals: datum/Ausgegeben: datum

Wirtschaftswissenschaftler beziffern die Summe, die dem deutschen Fiskus jährlich aufgrund der verschiedenen Steuervermeidungspraktiken entgeht, auf 10 bis 15 Milliarden Euro. Einnahmen in signifikanter Höhe entgehen daher auch dem Land Nordrhein-Westfalen.

Die durch die „Luxemburg Leaks“ offengelegten aggressiven Steuervermeidungsmodelle sind Ausdruck des weiterhin grassierenden ruinösen Steuerwettbewerbs unter den EU-Staaten. Das Problem der aggressiven Steuervermeidung und Steuerplanung von Unternehmen befindet sich seit langem auf der politischen Tagesordnung, sowohl auf Länder-, Bundes- als auch EU-Ebene. So hat sich in der jüngeren Vergangenheit die Finanzministerkonferenz auf ihrem Treffen in Wiesbaden im Mai 2013 für ein gemeinsames Vorgehen gegen den unlauteren internationalen Steuerwettbewerb und die aggressive Steuerplanung grenzüberschreitend tätiger Unternehmen ausgesprochen; die Finanzminister aus Bund und Ländern gaben bekannt, unter anderem dringenden Handlungsbedarf bezüglich „Maßnahmen gegen steuerliche Sonderregime und Anreizsysteme“ zu sehen, beispielsweise „Lizenzboxen“. Auf europäischer Ebene hatten sich die EU-Finanzminister (ECOFIN) 2008 erneut für ein verantwortungsvolles Handeln im Steuerbereich mit den Grundsätzen der Transparenz, des Informationsaustauschs und des fairen Steuerwettbewerbs ausgesprochen. Zudem haben sich die EU-Mitgliedstaaten mit dem bereits 1997 beschlossenen „Verhaltenskodex für die Unternehmensbesteuerung“ unter anderem dazu verpflichtet, den schädlichen Steuerwettbewerb zu bekämpfen.

Einige kleine Fortschritte im Kampf gegen aggressive Steuervermeidung umfassen die Verabschiedung des OECD-Aktionsplan gegen Gewinnkürzungen und Gewinnverlagerungen multinational tätiger Unternehmen (Base Erosion and Profit Shifting – BEPS) im Juli 2013 sowie die internationale Vereinbarung zum automatischen Informationsaustausch.

Die Enthüllungen der „Luxemburg Leaks“ führen der Öffentlichkeit vor Augen, in welchem enormen Umfang aggressive Steuervermeidung von Konzernen betrieben wird. Auch kann nun detailliert nachverfolgt werden, dass nordrhein-westfälische Unternehmen ebenfalls Gebrauch von den schädlichen Praktiken machen.

Wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung aggressiver Steuerplanung gibt es zahlreiche – einige davon sind sogar relativ schnell umsetzbar. So sollte auf europäischer Ebene beispielsweise die volle Transparenz der Gewinne, Umsätze, entrichteten Steuern etc. von Unternehmen durch ein sogenanntes „country by country-reporting“ vorgeschrieben werden. Auch ist die personelle Ausstattung des für die Prüfung illegaler staatlicher Beihilfe zuständigen Generaldirektorats der Europäischen Kommission signifikant aufzustocken. Auf Bundesebene kann zudem eine „Lizenzschranke“ für Unternehmen eingeführt werden, welche das Nutzen des ruinösen „Lizenzbox“-Modells weitaus weniger attraktiv machen würde. Das sind nur einige Beispiele für Maßnahmen, ohne die eine wirksame Bekämpfung von Steuervermeidung kaum Aussicht auf Erfolg hat.

Entscheidend ist vor allem der politische Wille auf Länder-, Bundes- und EU-Ebene zu einem dezidierten Vorgehen gegen ruinöse Steuervermeidungspraktiken. Insbesondere sind der neue Kommissionspräsident Juncker sowie der Ministerrat in der Pflicht, endlich wirksam gegen den der Steuervermeidung zugrundeliegenden Steuerwettbewerb in der EU vorzugehen.

II. Der Landtag stellt fest

1. Die Abschaffung schädlicher steuerlicher Maßnahmen und Bekämpfung aggressiver Steuergestaltungsmodelle auf europäischer Ebene, insbesondere im Bereich der Unternehmensbesteuerung, ist Grundlage und Voraussetzung, um verantwortungsvolles und gemeinwohlorientiertes Handeln international durchzusetzen.
2. Die durch die „Luxemburg Leaks“ enthüllten ruinösen Steuervermeidungsmethoden bescheren den öffentlichen Haushalten in der EU, also auch dem nordrhein-westfälischen, erhebliche Einnahmeverluste aus der Unternehmensbesteuerung. Es ist daher im Interesse des Landes NRW, auf allen Ebenen aktiv gegen jede Form der schädlichen Steuergestaltung vorzugehen.
3. Um der Steuervermeidung teilweise den Nährboden zu entziehen, muss endlich die wirksame Bekämpfung des ruinösen Steuerwettbewerbs in der EU, insbesondere seitens der Europäischen Kommission und des Ministerrats, vorangetrieben werden.
4. Der ruinöse Steuerwettbewerb sowie das Betreiben von Steueroasen in der EU sind von mächtigen Lobbygruppen derartig stark geschützt, dass deren wirksame Bekämpfung notwendigerweise auch auf das Generieren und Ausnutzen öffentlichen Drucks setzen muss. Daher muss die derzeitige öffentliche Aufmerksamkeit genutzt werden, um wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung aggressiver Steuervermeidung und Steuerplanung in der EU und auf nationaler Ebene in die Wege zu leiten.

III. Der Landtag beschließt

1. Der Landtag appelliert an die Europäische Kommission, endlich wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung des ruinösen Steuerwettbewerbs in der EU in die Wege zu leiten sowie gegen die aggressive Steuervermeidung vorzugehen.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich gegenüber dem Bundesgesetzgeber konsequent für die Schließung von Steuerschlupflöchern einzusetzen.
3. Der Landtag appelliert an die nordrhein-westfälischen Mitglieder des Europaparlaments, die Bekämpfung von Steuerschlupflöchern und aggressiven Steuergestaltungsmodellen voranzutreiben sowie auf das Verabschieden entsprechender Maßnahmen auf europäischer Ebene zu drängen.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, zu prüfen, inwiefern Wirtschaftsprüfungsunternehmen, die Konzerne erwiesenermaßen bei der Ausnutzung von Steuerschlupflöchern unterstützen, von der öffentlichen Auftragsvergabe in NRW ausgeschlossen werden können.

Dr. Joachim Paul
Marc Olejak
Nicolaus Kern
Dietmar Schulz

und Fraktion